Pfund's Milch-Seife
Dresdner Kokerei Gebr. Pfund.
Dresden.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Julius Beutler, Dresden, **Wallstr. 15,**
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee)
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Zacherlin
Diese staunenswerth wirkende Insekten-Vertilgungs-Spezialität ist in Flaschen überall zu haben, wo Zacherlin-Plakate ausgehängt sind.

Tuchwaaren.
Neuheiten in deutschen und englischen Anzug-, Rock-, Hosen- und Paletotstoffen
empfehlen in grösster Auswahl zu billigsten Preisen
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz Nr. 9.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung. **Jetzt: Waisenhausstr. 16,** gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 183. Spiegel: Wahlergebnisse. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Landesverrathsprozeß. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßliche Witterung: Wolkig, kühl, naß. | **Sonnabend, 4. Juli.**

Politisches.

Drei Ersatzwahlen, darunter zwei zum Reichstage und eine zum preußischen Landtage, sind in diesen Tagen vollzogen worden, aber nicht eine hat ein für den nationalen Gedanken und die Ordnungssache erfreuliches Resultat gehabt. Die Wahlen haben stattgefunden im 4. merseburgischen Reichstagswahlkreise, im Reichstagswahlkreise Schwetz und in dem Landtagswahlbezirk Berent-Pr. Stargard-Dirschau. In Merseburg ist der sozialdemokratische Kandidat gleich im ersten Wahlgange zum Siege gelangt, in Schwetz steht der freikonservative Bewerber in Stichwahl mit dem Polen und in Pr. Stargard-Dirschau ist der Pole direkt gewählt worden. Angesichts des ungünstigen Ausfalles der drei Wahlen lohnt es sich, auf die Fälle zurückzukommen und die Ursachen, die zur Niederlage der deutschen und Ordnungskandidaten geführt haben, zu beleuchten.

In Merseburg mußte eine Neuwahl erfolgen, weil das Mandat des freisinnigen Abgeordneten Dr. Alexander Meyer vom Reichstage kassirt worden war. Da Herr Alexander Meyer persönlich im Reichstage beliebt ist wegen seines jovialen Wesens und seines sprudelnden Humors, der den „thranigsten" Gegenständen in den Debatten eine heitere Seite abzugewinnen weiß, da er außerdem sachlich nicht im Verdacht steht, daß er zu Verbrüderungspakten mit den Sozialdemokraten neigte, so hätte es den Ordnungsparteien wohl angestanden, wenn sie soviel Ueberwindung übten, um Herrn Meyer ihre Stimmen zu geben. Das Wahlergebniß beweist auf das Klarste, daß dies der einzig richtige Weg war, um den Wahlkampf mit Aussicht auf Erfolg für die Ordnungssache zu führen. Nach amtlicher Feststellung erhielten nämlich der Sozialdemokrat 15,688, der Konservative 4366, der Freikonservative 3725 und Dr. Meyer 7187 Stimmen. Es ist schwer begreiflich, wie die Ordnungsparteien so kurzsichtig sein konnten, unter solchen Verhältnissen, die sie doch nach Lage der Sache im Wesentlichen hätten voraussehen können, gegen den in diesem Falle in erster Linie berufenen freisinnigen Kandidaten noch zwei andere Bewerber in's Feld zu stellen. Das hat lediglich dazu geführt, der Sozialdemokratie mit leichter Mühe den Sieg in den Schooß zu spielen und ihr Großgefühl zu vermehren. „Dieser Wahlsieg stärkt uns zum weiteren Kampf", bramarbasirt der „Vorwärts". „Er ermuntert uns, dem fünften Dutzend Sozialdemokraten den Weg in den Reichstag zu bahnen." In der That muß mit dieser Möglichkeit gerechnet werden, wenn die Ordnungsparteien noch viele solcher schlechten Beispiele geben, wie sie es in Merseburg gethan haben. Der Fall liegt um so schlimmer, als sich ungefähr 7500 Ordnungswähler in Merseburg der Abstimmung enthalten haben. So konnte es kommen, daß der Sozialdemokrat Kunert dieses Mal rund 2700 Stimmen mehr erhalten hat als im Jahre 1893, ohne daß dieses Mehr durch eine entsprechende Erhöhung der abgegebenen Ordnungsstimmen ausgeglichen würde. Wenn die Ordnungsparteien vergessen, daß es sich vor Allem für sie darum handelt, geschlossen gegen den Umsturz aufzutreten und in Hochhaltung der großen gemeinsamen Sache auf Sonderwünsche zu verzichten, so wird regelmäßig die Folge davon sein, daß die Feinde der gesellschaftlichen Ordnung dabei ihr Schäfchen in's Trockene bringen. Es wäre wünschenswerth, daß die Ordnungsparteien außerhalb Sachsens sich im Punkte des festen Zusammenhaltens gegen die Partei der sozialen Revolution sich überall das Vorbild zum Muster nähmen, das in dieser Beziehung unsere engere sächsische Heimath giebt.

Die beiden anderen hier in Betracht kommenden Wahlen zeigen das Verhalten des Deutschthums in trübem Lichte nach einer anderen Richtung, nämlich gegenüber den Polen. In Schwetz sind bei der Ersatzwahl zum Reichstage für den freikonservativen Gutsbesitzer Holtz, dessen Mandat für ungiltig erklärt worden war, nur 4598 Stimmen abgegeben worden, während der Pole v. Saß-Jaworski 4612 erhielt. Daß dieser nicht als gewählt proklamirt werden konnte, haben lediglich 17 zersplitterte Stimmen verschuldet, denn es fehlten Herrn v. Saß-Jaworski, der, wie der Name sagt, auch einer polonisirten deutschen Adelsfamilie angehört, noch 2 Stimmen an der Mehrheit, und so wird erst die engere Wahl die Entscheidung bringen. Bei der Wahl im Jahre 1893 hatte Holtz 6210 und sein polnischer Gegenkandidat 4942 Stimmen; der Erstere hat also jetzt 1612, der polnische Kandidat 1430 Stimmen weniger erhalten als vor drei Jahren. Es haben also 3000 Wähler weniger ihre Stimmen abgegeben als 1893, und da im Jahre 1893 etwas über 15,000 Wähler in dem Wahlkreise waren, so haben sich diesmal mindestens 6000 der Abstimmung enthalten. Die Blätter wissen von Zügen ganz unglaublicher Nachlässigkeit und Gleichgiltigkeit zu berichten, deren sich die deutschen Wähler schuldig gemacht haben sollen. Am tollsten ist es aber jedenfalls, daß in manchen Orten die Deutschen sogar direkt dem Polen ihre Stimmen gegeben haben. Da hört einfach Alles auf. Wissen denn die Deutschen in jenen Gegenden so wenig, daß sie berufen und auserlesen sind, die deutsche Kultur an der Ostgrenze zu hüten und sie gegen ihren Todfeind, das Polenthum, mit dem Aufgebot aller Kräfte zu vertheidigen? Wenn jeder Deutsche, der auf polnischem Boden lebt, sich dieser Pflicht voll bewußt wäre, wenn er allezeit bedächte, daß er auf Vorposten steht, und darnach handelte, dann könnte ein solches Schauspiel, wie es die Wahl in Schwetz gezeitigt hat, von deutschen Männern überhaupt nicht geboten werden; dann würden nicht auf Seite des Deutschthums so viel Lässigkeit, Muthlosigkeit, Bequemlichkeit, kleinliche Bedenklichkeit herrschen, während das Polenthum auf der ganzen Linie zum Angriff vorgeht, daß man kaum noch weiß, ob es sich um preußisches Staatsgebiet oder um ein neues Königreich Polen handelt. Einstweilen bleibt nur die Hoffnung, daß der schlummernde deutsche Geist bei der Stichwahl erwachen werde. Wie aber auch das Endergebniß sei, auf jeden Fall wird die preußische Regierung aus den Schwetzer Vorgängen ersehen, wie unbedingt nöthig ein scharfes Eingreifen ihrerseits ist, um endlich einmal dem unerträglich gewordenen polnischen Uebermuth zu steuern.

Noch beschämender womöglich für das Deutschthum als die Ereignisse in Schwetz ist die Wahl in Pr. Stargard-Dirschau zum preußischen Landtag, wo an Stelle des verstorbenen freikonservativen Abgeordneten Engler der polnische Kandidat Pfarrer v. Wolszlegier (er heißt eigentlich Wollschläger, und unter diesem Namen ist auch seine Familie von Friedrich Wilhelm II. geadelt worden) mit 296 Stimmen gewählt worden ist, während auf den deutschen Kandidaten, den Gutsbesitzer Arndt (freikons.) 232 Stimmen entfielen. So lange der Wahlbezirk in seiner jetzigen Zusammensetzung besteht, d. h. seit 1861, ist es den Polen nur 1863—73 gelungen, dort ihre Kandidaten siegreich zu sehen. Seit 1873 aber ist kein Pole mehr gewählt worden. Es wurden auf Grund eines Kompromisses 1873—79 je ein Nationalliberaler und ein Mitglied der Fortschrittspartei gewählt; seit 1879 haben ununterbrochen der nationalliberale Staatsminister Hobrecht und der freikonservative Landrath Engler den Bezirk vertreten. Die Bewohner des Bezirks sind allerdings überwiegend Polen, und der mit dem Landtagswahlbezirk zusammenfallende Reichstagswahlkreis ist auch stets von polnischen Abgeordneten vertreten worden, indessen sind Hobrecht und Engler nie mit so knapper Mehrheit gewählt worden, daß nunmehr die Wahl eines Polen hätte befürchtet werden müssen. Wenn trotzdem Herr v. Wolszlegier siegreich war, so kann man es sich nur dadurch erklären, daß die Deutschen bei den Wahlmännerersatzwahlen sehr lässig gewesen sind. Der Pfarrer v. Wolszlegier, seit 1893 auch Reichstagsabgeordneter für Allenstein-Rössel, ist trotz seiner deutschen Abstammung einer der schärfsten Vertreter des Polenthums. Es ist derselbe Herr, der jüngst in einer Berliner Polenversammlung erklärt hat: „Wir Polen werden nun und nimmermehr Deutsche. Wir müssen uns zusammenschaaren nach Art der sozialdemokratischen Organisation und einen unerbittlichen Kampf gegen das Deutschthum führen."

Der Rückblick auf die drei Wahlen in Halle, Schwetz und Dirschau ist demnach vom nationalen Standpunkt durchaus unerfreulich. Ein Gutes wenigstens pflegen aber unangenehme Thatsachen doch auch zu haben, insofern sie Dem, der sich belehren lassen will, zeigen, wie und wo er gefehlt hat und wie er es in Zukunft besser machen muß. Hoffentlich benutzen die in Betracht kommenden deutschen Wählerkreise in diesem Sinne die bitteren Erfahrungen, die ihnen jetzt zu theil geworden sind.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Juli.

Berlin. Der Kaiser hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: „Sr. Durchlaucht Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Berlin. Christianstand, 3. Juli 1896. Ew. Durchlaucht spreche ich meine hohe Befriedigung über die endgiltige Erledigung des großen Werkes aus, das Deutschland ein einheitliches bürgerliches Recht sichert. Mit dem Ausdrucke meiner Anerkennung verbinde ich gern meinen besonderen Dank für Ihre angestrengte Mitwirkung und erfolgreiche Leitung bei dieser Arbeit, in deren Abschluß ich ein neues Bindemittel für das im Reich geeinte Vaterland erblicke. Wilhelm I. R." In einem kaiserlichen Schreiben, welches dem Staatssekretär des Justizamtes Nieberding zuging, werden dessen Verdienste um das Bürgerliche Gesetzbuch ebenfalls in ehrender Form hervorgehoben. — Das preußische Staatsministerium hielt heute unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe eine Sitzung ab, in welcher Handelsminister Brefeld eingeführt wurde.

Berlin. Der Entwurf eines Handelsgesetzbuches, wie er im Reichsjustizamt aufgestellt ist, bringt gegenüber dem jetzt geltenden Handelsgesetzbuche eine erhebliche Ausdehnung des Kaufmannsbegriffes, sodaß, wenn dieser Entwurf Gesetz wird, seine Vorschriften auf einen weiteren Kreis von Personen und Rechtsgeschäften, als den des heute geltenden Handelsrechts Anwendung finden werden. Es wird allgemein vorgeschrieben, daß jedes gewerbliche Unternehmen als Handelsgewerbe angesehen werden soll, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: 1. muß das Unternehmen einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nach Art und Umfang erfordern und 2. muß die Firma des Unternehmers in das Handelsregister eingetragen sein. Die Eintragung herbeizuführen wird den betreffenden Gewerbtreibenden zur Pflicht gemacht. — Die „Ostasiatische Korrespondenz" bringt anläßlich der Abreise Li-Hung-Tschang's aus Deutschland einige Andeutungen über die Verhandlungen mit ihm und tritt gleichzeitig Angaben über vermeintliche Aeußerungen desselben entgegen. So dementirt sie nach Erkundigungen bei dem Botschaftssekretär Lo-Feng-Luh, daß Li-Hung-Tschang gesagt habe, China habe während des japanischen Krieges keinen geeigneten Vertreter in Berlin gehabt; ferner daß Li-Hung-Tschang den Fürsten Bismarck gefragt habe: „Wie kann ich erfolgreich gegen den Hof in Peking vorgehen?" Die „Ostasiatische Korr." bemerkt dazu: Welchen Eindruck würde diese Frage in Peking machen, wo die machtvollen Gegner des Vicekönigs ihn immer wieder als Rebellen gegen Hof und Regierung hingestellt, ihn in letzter Zeit auch erfolgreich bekämpft haben und bei seiner Rückkehr nach China erst recht bekämpfen werden?

Berlin. Die „Post" konstatirt, daß im Kriegsministerium Verhandlungen schweben, die den Zweck verfolgen, Duelle innerhalb der Armee nach Möglichkeit zu verhindern. Man werde dies vor Allem durch Verschärfung der Bestimmungen über die Ehrengerichte zu erreichen suchen, die ja schon in ihrer jetzigen Organisation vielen Duellen zwischen Offizieren vorgebeugt hätten. Ob es zweckmäßig erscheine, Ehrengerichte zu förmlichen Schiedsgerichten auszugestalten, werde sich im Laufe der Berathungen ergeben. Jedenfalls werde beabsichtigt, die Umgehung des Ehrenrathes oder die Nichtbefolgung seiner Entscheidungen auf das Strengste zu ahnden. — Nächster Tage soll ein Verein zum Schutz des Detailreisens, der seine Wirksamkeit über ganz Deutschland erstrecken soll, gegründet werden. Ein Komitee hat einen Aufruf an die Interessenten aller Branchen erlassen, sich zusammenzuthun, um mit vereinten Kräften für das durch die Gewerbenovelle bedrohte Detailreisen einzutreten.

Metz. Der neue Gemeinderath hat einstimmig den bayerischen Kammerherrn Geh. Regierungsrath Kramer zum Bürgermeister gewählt.

Thorn. Auf dem Artillerieschießplatze wurde ein Kanonier des 15. Fußartillerie-Regiments durch Sprengstücke getödtet und ein Unteroffizier des 6. Fußartillerie-Regiments schwer verletzt.

Neisse. Leutnant Koemmler hat sich vergangene Nacht aus unbekannten Gründen erschossen.

Wiesbaden. Der Landtagsabg. Schenck hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Genossenschaftsanwalt niedergelegt.

Braunschweig. Der ehemalige Staatssekretär Koenneke wurde wegen versuchter Nöthigung und Beleidigung des Prinzregenten zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt.

München. Das Landgericht I hat nach dreitägiger Verhandlung den wegen Betrugs angeklagten Kommerzienrath Friedrich Oertel aus Augsburg freigesprochen. Er war bereits zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt, das Reichsgericht hatte aber das Urtheil aufgehoben und den Fall zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht I zurückverwiesen.

Fürth. In der außerordentlichen Generalversammlung des Kreditvereins in Fürth wurde festgestellt, daß der Verein durch die Betrügereien des Kaufmanns Lehnert um ca. 115,000 Mk. geschädigt worden ist. Konkurs soll nicht angemeldet werden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Sachlage weiter prüfen und einer in 14 Tagen stattfindenden Generalversammlung Bericht erstatten soll.

Wien. Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht die Ernennung des Obersten Erzherzog Otto zum Kommandanten der 10. Kavalleriebrigade in Wien. — Der niederösterreichische Landtag nahm einstimmig das Gesetz betreffend die Abänderung der Landtagswahlordnung an. Im Laufe der Debatte griff Abg. Gregorig die Juden an und beantragte, getaufte oder nicht getaufte Juden vom aktiven Wahlrecht auszuschließen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Paris. Der Ministerrath beschloß, einstweilen das Steuerprojekt aufrecht zu erhalten.

Rom. Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht folgende Note: In der Sitzung der Deputirtenkammer vom Mittwoch gab Ministerpräsident di Rudini in Erwiderung auf die Ausführungen des Abgeordneten Fortis, der gesagt hatte, man müsse die Bestimmungen der Dreibundverträge verbessern, die Versicherung, nichts stehe dem entgegen, das im Einverständniß mit den Vertragsmächten zu thun, wenn man die Opportunität einer Verbesserung erkennen sollte. Di Rudini versicherte aber auch, daß der Dreibund jetzt voll und ganz die Interessen Italiens garantire. Jede Auslegung, die darauf hinausgeht, glauben zu machen, man wolle in dem Vertrag Abänderungen vornehmen, ist durchaus unbegründet.

Rom. In der Kammer fand heute eine stürmische Verhandlung statt bei Berathung über die Vorlage betreffend die Einsetzung eines Civilkommissars für Sicilien. Solci beantragte, vorher das Gesetz über die Aufhebung des Ausfuhrzolles für Schwefel in Berathung zu ziehen. Ministerpräsident Rudini bekämpfte den Antrag. Er rechne darauf, daß die Kammer sich nicht vertagen werde, bevor sie die beiden Vorlagen erledigt habe. Solci verlangte hierauf die Abstimmung, worauf großer Tumult entstand. Auf der äußersten Linken wurden fortgesetzt stürmische Zwischenrufe laut. Schließlich setzte der Präsident den Hut auf und unterbrach die Sitzung.

London. Zwei japanische Dampfer kollidirten bei Shima, einer der Dampfer sank, wobei 126 Personen umkamen.

London. Nach einer Meldung aus Suez ist der egyptische Dampfer „Rala" mit gebrochener Welle von dem Dampfer „Herzog von Buckingham" in den Suezkanal eingeschleppt worden.

London. Der Redakteur des in Genf erscheinenden Armenierblattes übermittelte der „Daily News" nachstehende, über Persien eingegangene Depesche: Soldaten und Kurden in Wan verübten ohne Beweggrund neue Metzeleien. Die armenischen Quartiere werden bombardirt. Von 2000 bewaffneten Armeniern, die nach Varog abgingen, sind 750 in der Nähe des Bartholomäusklosters umzingelt; ihre Lage ist verzweifelt.

Bridgewater. Nach dem gestrigen Eintreffen der Truppen hielt sich eine große Menge vor dem Rathhause auf, wo Soldaten und Polizei bereitgehalten wurden, um etwaige Unruhen zu unterdrücken. In der Nacht wurden einige Fenster des Rathhauses eingeschlagen. Der Maire brachte hierauf die Aufrührer zur Verlesung. Es wurde Militär herbeigezogen, das die Menge von den Straßen vertrieb.

Petersburg. Die Stadt ist bereits heute beflaggt und festlich geschmückt zum feierlichen Einzug des Kaiserpaares. Der kaiserliche Zug kommt am Sonnabend früh hier an.

Petersburg. Ein hiesiges Blatt will wissen, daß der Minister des Innern bis zum Erlaß einer neuen Verordnung den auswärtigen Israeliten ohne Unterschied des Berufs den Eintritt in das russische Reich vom 15./28. Juni ab gestattet habe. Die Pässe dieser Reisenden müssen mit dem Visum der russischen Konsulate nach vorangegangener Ermächtigung des russischen Ministeriums des Innern versehen sein.

Konstantinopel. Die Vollstreckung der gemeldeten Todesurtheile rief unter den Armeniern große Erregung hervor. Gestern wurden in Stambul Plakate mit armenischem und türkischem Text folgenden Inhalts aufgefunden: „Geliebte Brüder! Erschreckt nicht über die Grausamkeiten der Regierung. Auch die Bulgaren erduldeten unter Midhat Pascha Ungerechtigkeiten, erlangten aber doch die Unabhängigkeit." — Unter den Armeniern wurden neuerdings zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Zwölf Redifbataillone des 3. Armeekorps in Saloniki erhielten die Mobilmachungsordre; es ist jedoch noch nicht festgestellt, ob sie für Kreta oder für Hauran bestimmt sind. Seitens der Kurden sind neuerdings wieder Plünderungen, Metzeleien und Grenzüberschreitungen nach Serbien vorgekommen. — Die beiden von den Botschaftern für Kreta verlangten Zugeständnisse sind, wie verlautet, seitens der Pforte bewilligt worden. Eine bezügliche Bekanntmachung soll bevorstehen.

Alicante. Tausend Personen veranstalteten Protestkundgebungen gegen die neuen Gemeindesteuern, durchzogen verschiedene Straßen und zertrümmerten Alles auf ihrem Wege, besonders die Fenster des Rathhauses und steckten die Octroi-Gebäude in Brand. Gendarmerie griff die Menge an und verwundete meh-

Friedrich & Glöckner.
Neueröffnet Filiale Dresden-N., Bartnerstr. 27 (Ecke Marienstr.)
Lacke, Firnisse, Oel- und Schmelzfarben eigener Fabrik.